

ECOSIA

Erste quantitative Untersuchung: 100 Tage nach dem Digital-Gipfel setzen deutsche Ministerien fast vollständig auf US-Suchmaschinen.

26. Februar 2026 - Berlin. 100 Tage nach dem Europäischen Gipfel zur Digitalen Souveränität in Berlin legt Ecosia Deutschlands erste quantitative Untersuchung zum Stand der digitalen Abhängigkeit in deutschen Bundes- und Landesministerien vor. Das Ergebnis: Trotz politischer Bekenntnisse ist die oberste staatliche Verwaltung Deutschlands weiterhin nahezu vollständig von US-Technologiekonzernen abhängig - selbst dort, wo deutsche oder europäische Alternativen kostenfrei und sofort verfügbar sind.

Für die Studie wurden 147 Ministerien auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes befragt. Rund zwei Drittel antworteten. Ein Drittel verweigerte die Auskunft mit Hinweis auf Sicherheitsbedenken.

Zentrale Ergebnisse

- Praktisch alle Ministerien nutzen ausschließlich US-Browser.
- 75 % übernehmen bei der Suchmaschine schlicht die Werkseinstellung des Browsers - ohne eigene strategische Entscheidung.
- 9 % wählen aktiv, entscheiden sich jedoch erneut für einen US-Anbieter.
- Nur 16 % setzen eine europäische Suchmaschine ein.

Kein Technologieproblem

„Unsere Studie zeigt kein Technologieproblem, sondern ein Politikproblem,“ sagt Ecosias CEO Christian Kroll. „Die Antworten der Ministerien sind sehr aufschlussreich: Sie reichen von völligem Unverständnis der Zusammenhänge bis hin zu einem differenzierten und angemessenen Umgang. Leider überwiegt jedoch ein eher passiver Umgang mit dem Thema.“

Dabei ist gerade die Suchmaschine der niedrigschwelligste Einstieg in digitale Souveränität: kostenlos, innerhalb weniger Minuten zentral umstellbar, ohne Migration oder Schulungsaufwand. Trotzdem fließen Millionen dienstlicher Suchanfragen weiterhin ausschließlich an außereuropäische Anbieter.

„Jede dienstliche Suchanfrage ist auch eine Investition - entweder in europäische Infrastruktur oder in die Festigung bestehender Abhängigkeiten“, so Kroll. „Wer nichts ändert, entscheidet sich aktiv für den Status quo.“

Amerikanischer "Kill-Switch"

Die internationale Entwicklung zeigt, wie real geopolitische Risiken sind. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag wurde bereits im Februar 2025 von der amerikanischen Regierung durch den "Kill-Switch", die plötzliche Abschaltung seiner Microsoft-Lizenz, blockiert. Auch französische Gerichte sind von ähnlichen Sanktionen betroffen, nachdem sie die rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen in mehreren Instanzen wegen Steuerhinterziehung verurteilt hatten.

Der dänische Cybersicherheitsrat warnt vor dem Kill-Switch: die USA könnten Dänemark „innerhalb einer Stunde“ digital abschalten“ - indem amerikanische Cloud-Anbieter wie Google, Amazon oder Microsoft ihre Dienste entziehen. Ein Szenario, das infolge der amerikanischen Annexionspläne Grönlands durchaus realistisch erscheint. Dänemarks Digitalisierungsministerin erklärt daher auch, Dänemark und die EU stünden heute am Scheideweg und müssten ihre digitale Abhängigkeit von amerikanischen Diensten dringend überwinden.

Fähigkeit, über unsere Zukunft als Land zu entscheiden

In Schweden stellt das staatliche Forschungsinstitut RISE sogar fest: Wenn wir jetzt nicht den Schritt zu einer eigenen digitalen Infrastruktur machen würden, *„dann haben wir praktisch kapituliert und unsere Fähigkeit aufgegeben, über unsere Zukunft als Land zu entscheiden.“*

„Sich von amerikanischen Tech-Konzernen zu lösen, ist eine enorme - und teilweise unmögliche - Aufgabe. Aber wir müssen zumindest beginnen, es zu versuchen“, sagt Christian Kroll.

Es geht - wenn man will

Dass Veränderung möglich ist, zeigen Beispiele aus Deutschland und Europa:

Die Bundesländer Niedersachsen und Brandenburg haben mittlerweile vollständig auf europäische Suchmaschinen umgestellt. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin haben immerhin mehrere Ministerien diesen Schritt gemacht. Schleswig-Holstein stellt seine Verwaltung von Microsoft auf LibreOffice um. Dänemark setzt der öffentlichen Hand auf OpenDesk und alternative Suchlösungen.

„Diese Beispiele zeigen: Es fehlt nicht an Alternativen. Es fehlt an Ambition“, so Kroll. „Der Staat sollte Ankerkunde europäischer Infrastruktur sein - nicht ihr Zaungast.“

Ecosia entwickelt mit französischem Partner europäischen Such-Index

Ecosia baut gemeinsam mit einem französischen Partner im Rahmen der „European Search Perspective“ einen eigenständigen europäischen Webindex auf. Entscheidend dafür sind große Mengen an so genannten "Click&Query" Daten, wie sie vor allen in den öffentlichen Verwaltungen anfallen. Der Staat als digitaler 'Ankerkunde' für

europäische Infrastruktur, wie Bundeskanzler Friedrich März beim EU-Souveränitätsgipfel vor 100 Tagen versprach, wäre mit einem zügigen Umstieg selbst der wichtigsten Erfolgsfaktor für Deutschlands digitale Selbstbestimmung.

Ecosias Angebot an Bundes- und Landesbehörden

Christian Kroll bietet allen deutschen Ministerien ab sofort die kostenlose Umstellung auf Ecosia, die größte europäische Suchmaschine, an: *„Digitale Souveränität beginnt nicht mit Milliardenprogrammen“*, sagt Kroll. *„Sie beginnt mit einer Entscheidung, die nichts kostet und fünf Minuten dauert.“*

100 Tage nach dem Gipfel zeigt die Studie: Das Problem ist nicht die technische Machbarkeit - sondern der politische Wille. „Jetzt ist der Moment, vom Reden ins Handeln zu kommen,“ so Kroll.

Ecosia GmbH, presse@ecosia.org, www.ecosia.org

Niels Reise, Communication Works, niels@communicationworks.eu

Ecosia ist Europas größte gemeinwohlorientierte Suchmaschine. Sie verkauft keine Nutzerdaten, arbeitet mit 100 % erneuerbarer Energie und investiert alle Gewinne in weltweite Aufforstungs- und Klimaprojekte.